

## Digitale Spaltung in Deutschland: Geringere Bildung – seltener am PC

Sylvia E. Korupp  
sylvia.korupp@  
uni-erfurt.de

Harald Kuenemund  
Harald.Kuenemund  
@uni-vechta.de

Jürgen Schupp  
jschupp@diw.de

*Die Nutzung von Computern und dem Internet ist in Deutschland keineswegs gleichmäßig verbreitet. Daten aus dem Jahre 2005 lassen erkennen, dass Personen mit einem geringen Bildungsniveau wesentlich seltener den PC und das Internet nutzen als Personen mit höherem Bildungsniveau. Auch hinsichtlich der Art der Nutzung von Computer und Internet lassen sich sozio-demographische Unterschiede feststellen. Beispielsweise ist das Programmieren – unabhängig vom Alter – vorwiegend eine Männerdomäne. Während Menschen höherer Bildungsschichten den Computer häufiger zur Gestaltung der Arbeitswelt sowie zum Schreiben und Lernen verwenden, setzen Personen mit geringerer Bildung den Computer signifikant häufiger zum Spielen und Musikhören, also eher im unmittelbaren Freizeitbereich ein.*

Die ungleiche Nutzung von Computern und Internet wird seit einiger Zeit unter dem Begriff der digitalen Spaltung (digital divide) diskutiert.<sup>1</sup> Dabei wird angenommen, dass die Nutzung von Computern und Internet zu Vorteilen sowohl im Privat- als auch im Berufsleben führt. Beispielsweise gibt es einen Zusammenhang zwischen dem Computereinsatz am Arbeitsplatz und dem Qualifikationsniveau. Die Schlüsselqualifikation „Computernutzung“ zieht offenbar unabhängig vom beruflichen Status und Sektor höhere Einkommen nach sich.<sup>2</sup> Vorhandene Studien zeigen, dass ungleiche Nutzungsprofile insbesondere hinsichtlich der Bildung, des Alters, der Nationalität und des Geschlechts bestehen.<sup>3</sup> Darüber hinaus lässt sich zeigen, dass unter Schulkindern Nichtnutzer von Computern signifikant schlechtere Schulnoten als Nutzer erhalten; dies gilt unabhängig von der sozio-ökonomischen Herkunft.<sup>4</sup> Angesichts der großen Bedeutung der Nutzung von Internet und Computer werden inzwischen weltweit Anstrengungen unternommen, Formen der digitalen Spaltung abzubauen.<sup>5</sup>

<sup>1</sup> Vgl. dazu den online Bericht der OECD 2004: Regulatory Reform as a Tool for Bridging the Digital Divide. Webseite aufgerufen im April 2006: [www.oecd.org/dataoecd/40/11/34487084.pdf](http://www.oecd.org/dataoecd/40/11/34487084.pdf).

<sup>2</sup> Lex Borghans und Baster Weel: What happens When Agent T Gets a Computer? The Labor Market Impact of Cost Efficient Computer Adoption. In: Journal of Economic Behavior and Organization, Vol. 54 (2), S. 137–151; sowie Benoit Dostie et al.: The Returns to Computer Use Revisited, Again. IZA Discussion Paper No. 2080/2006. Bonn.

<sup>3</sup> Vgl. zu dieser Debatte die Beiträge von Sylvia E. Korupp und Marc Szydlík: The Digital Divide: Causes and Trends. In: European Sociological Review, Vol. 21 (4), S. 409–422; sowie Steven P. Martin und John P. Robinson: The Income Digital Divide: An International Perspective. In: Information Technology & Society, Vol. 1 (7), S. 1–20; oder John Haisken-DeNew, Rainer Pischner und Gert G. Wagner: The Changing Digital Divide in Germany. In: Barry Wellman und Carolin A. Haythornthwaite (Hrsg.): The Internet in Everyday Life. London 2002, S. 164–185. John Haisken-DeNew, Rainer Pischner und Gert G. Wagner: Computer- und Internetnutzung hängen stark von Einkommen und Bildung ab – Geschlechtsspezifische Nutzungsunterschiede in der Freizeit besonders ausgeprägt. In: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 41/2000; sowie für Jugendliche: John Haisken-DeNew, Rainer Pischner und Gert G. Wagner: Private Internet-Nutzung: Bildung und Einkommen auch bei Jugendlichen von großer Bedeutung. In: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 40/2001.

<sup>4</sup> Vgl. OECD / PISA: Are Students Ready for a Technology Rich World? Paris 2006.

<sup>5</sup> Siehe Herbert Kubicek: Fighting a Moving Target: Hard Lessons from Germany's Digital Divide Programs. In: Information Technology and Society, Vol. 1(6), S. 1–19. Eine der jüngsten internationalen Maßnahmen ist z. B. die Einrichtung eines „digitalen Solidaritätsfonds“ auf dem Weltinformationsgipfel in Tunis. Oliver Müller: Kiosk mit Anschluss zum Weltmarkt. In: Handelsblatt International, Nr. 17/2006, S. 7.

#### Inhalt

Digitale Spaltung in Deutschland:  
Geringere Bildung – seltener am PC  
Seite **289**

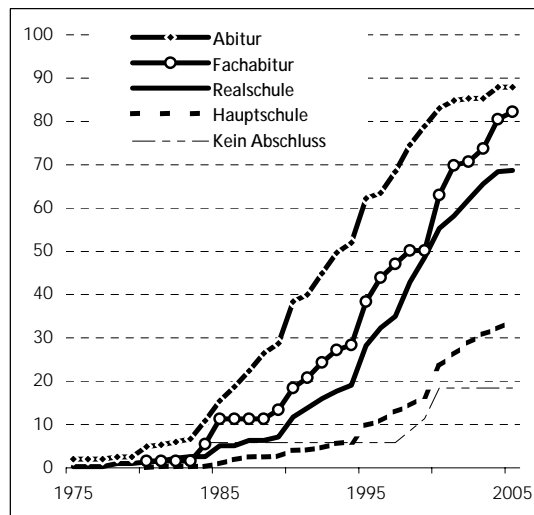
Beschäftigungs- und Arbeitsmarkt-  
entwicklung in der Europäischen  
Währungsunion  
Seite **295**

Abbildung 1

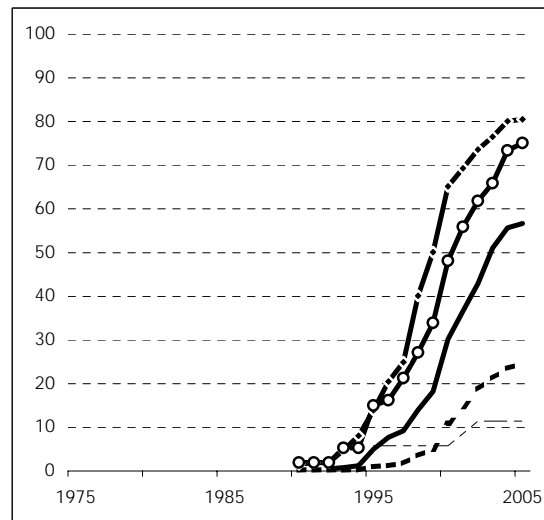
### Nutzerinnen und Nutzer von Computern und Internet in Deutschland von 1975 bis 2005 nach Schulabschluss

Anteil an der Bevölkerung über 16 Jahre in %

a) Computer



b) Internet



Quellen: SOEP Sondererhebung 2005;  
Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2006

Um in Deutschland den Gefahren einer forcierten digitalen Spaltung sinnvoll entgegenzuwirken, ist es notwendig, sozio-ökonomische Merkmale, die den Zugang zu Computern und zum Internet strukturieren, zu kennen. Die vorliegende Untersuchung stützt sich auf Daten einer Sondererhebung des Sozio-ökonomischen Panel (SOEP). Diese Querschnittbefragung wurde im Sommer 2005 von TNS-Infratest Sozialforschung, München im Auftrag des DIW Berlin durchgeführt. Die Daten sind repräsentativ für die in Deutschland wohnende Bevölkerung über 16 Jahre.<sup>6</sup>

### Computer- und Internetnutzung in Deutschland

Im Jahre 2005 nutzten in Deutschland 62 % der über 16-Jährigen einen Computer und 53 % das Internet. Die Nutzerzahlen haben seit Mitte der 80er Jahre deutlich zugenommen (Abbildung 1). Auch zeigt sich, dass die Verbreitung neuer Technologien eng mit der Schulbildung zusammenhängt: Personen mit Abitur sind überproportional häufig unter den Pionieren zu finden, die neue Technologien anwenden. Innerhalb dieser Gruppe kommt es zu einer rascheren Adaption neuer Techniken als bei Personen mit einem niedrigeren Schulabschluss. Schon in der Gruppe der Fachabiturienten und Personen mit einem Realschulabschluss werden vergleichbare Nutzeranteile deutlich später erreicht. Die Personengruppe ohne Schulabschluss oder mit Hauptschulabschluss benötigt einen noch längeren Zeithorizont. Das Abflachen der Kurven am aktuellen Rand ist möglicherweise als Indiz für eine dauerhafte Verfestigung der digitalen Spaltung zu verstehen.

Tabelle 1 weist die Nutzeranteile in verschiedenen Geburtsjahrgängen aus. Die älteste Generation, die in einer überwiegend mechanisch geprägten Haushaltsumgebung aufgewachsen ist, weist erwartungsgemäß den geringsten Anteil von PC- und Internetnutzern auf.<sup>7</sup> In jeder der folgenden Generationen lassen sich höhere Nutzeranteile beobachten – sowohl im privaten als auch im beruflichen Bereich. Lediglich bei der jüngsten Generation liegt die berufliche Nutzung unter jener der beiden vorhergehenden Generationen. Dies dürfte im Wesentlichen auf den hohen Anteil in dieser Gruppe zurückzuführen sein, der sich noch in der Ausbildung befindet.

<sup>6</sup> Die Erhebung wurde im Zeitraum von Anfang Juni bis Anfang Juli 2005 im Random-Route-Verfahren anhand eines computergestützten persönlichen Interviews (CAPI) durchgeführt. Für die Analysen stehen 1012 Interviews zur Verfügung (Ausschöpfung: 50,8%), die für die deskriptiven Auswertungen nach regionalen (Bundesland) und demographischen (Alter und Geschlecht) Merkmalen gewichtet werden. Vgl. zur methodischen Anlage der Erhebung TNS Infratest: Testerhebung zum SOEP 2006: Persönlichkeit und Alltag, Verhaltensexperimente, Retest-Studie (mimeo). München 2005.

<sup>7</sup> Gemäß Reinhold Sackmann und Ansgar Weymann: Die Technisierung des Alltags – Generationen und technische Innovationen, Frankfurt/Main, 1994, ist diese „vortechnische“ Generation in Haushalten aufgewachsen, die noch mehr oder weniger bar jeder Haushaltstechnologie waren (bis 1939 geborene Personen). Die nachfolgende Technikergeneration ist bereits in Haushalten mit elementaren Haushaltstechnologien aufgewachsen, z. B. elektrische Kühlschränke oder -herde (zwischen 1939 und 1948 geborene Personen). Die Generation der „zunehmenden Haushaltstechnisierung“ wurde mit weiterentwickelter Haushaltstechnologie konfrontiert, so z. B. mit der Waschmaschine (zwischen 1949 und 1963 Geborene), die darauf folgende „Computergeneration“ (1964 bis 1980 Geborene) dann mit einer größeren Anzahl computerisierter Haushaltstechnologie wie z. B. der Mikrowelle. Die von uns an dieser Stelle hinzugefügte „Internetgeneration“ (nach 1980 geborene Personen) wächst bereits mit dem PC auf und lernt in der Jugendphase das Internet kennen.

Tabelle 1

**Computer- und Internetnutzer nach sozio-demographischen Merkmalen**

Angaben in %

	Computer			Internet		
	Insgesamt	Privat <sup>1</sup>	Beruflich	Insgesamt	Privat <sup>1</sup>	Beruflich
<b>Generationszusammenhänge</b>						
Geboren vor 1939 (Prätechnische Generation)	15	14	1	7	7	1
Geboren von 1939 bis 1948 (Generation erster Haushaltsgeräte)	44	27	17	36	24	13
Geboren von 1949 bis 1964 (Generation fortgeschrittener Geräte)	75	33	42	62	32	30
Geboren von 1965 bis 1980 (Computergeneration)	83	35	48	73	36	37
Geboren nach 1980 (Internetgeneration)	92	62	30	83	58	25
<b>Anzahl guter Freunde</b>						
Keine	28	23	5	14	11	3
1–2 Freunde	64	35	29	52	34	18
3–4 Freunde	64	34	30	56	35	21
5–7 Freunde	72	30	42	63	30	33
8 und mehr Freunde	62	31	31	58	30	28
<b>Region</b>						
Ostdeutschland	59	29	30	46	26	20
Westdeutschland	63	33	30	54	31	23
<b>Nationalität</b>						
Deutsch	62	32	30	53	30	23
Nicht deutsch	61	37	25	38	19	19
<b>Geschlecht</b>						
Männlich	69	34	34	60	31	29
Weiblich	57	30	26	46	29	17
<b>Gesamtanteil</b>	62	32	30	53	30	23

<sup>1</sup> Ausschließlich private Nutzung.

Quellen: SOEP Sondererhebung 2005; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2006

Zur Messung der Einbindung in soziale Netzwerke wurde darüber hinaus der Indikator „Anzahl der guten Freunde bzw. Freundinnen“ verwendet. Dieser Indikator steht offenbar nur in einem schwachen Zusammenhang mit der Nutzung von PC und Internet. Die populäre These, dass typische Computer- oder Internetnutzer sozial isoliert seien, lässt sich nicht erhärten.<sup>8</sup> Vielmehr ist in der Gruppe ohne gute Freunde ein deutlich geringerer Anteil von Computer- und Internetnutzern anzutreffen.

In der Literatur werden als weitere Determinanten der Computer- und Internetnutzung insbesondere die Nationalität und das Geschlecht in Betracht gezogen. Ob die bei Ausländern konstatierte geringere PC- und Internetnutzung wirklich mit Sprachbarrieren begründet werden kann, bleibt jedoch fragwürdig. Denn ein wesentliches Kennzeichen dieser neuen Technologien ist ihre globale Anwendungsmöglichkeit, die es möglich macht, überall auf der Welt Nachrichten in der Muttersprache zu empfangen oder zu verschicken. Auch ist die Hypothese, dass dieses Nutzerverhalten auf Brüche mit der Herkunftskultur zurückzuführen ist, noch nicht ausreichend empirisch untersucht.<sup>9</sup> Tatsächlich wei-

sen die Ergebnisse darauf hin, dass in Deutschland die Nationalität lediglich hinsichtlich der privaten Internetnutzung eine Rolle spielt (Tabelle 1).

Unterschiede zwischen Männern und Frauen in der Nutzung von PC und Internet werden in der Literatur vielfach auf geschlechtsspezifische und tendenziell technikferne Sozialisationsformen oder auf fehlende Vorbildfunktionen von Frauen in technischen Berufen zurückgeführt.<sup>10</sup> Die vorhandenen Daten lassen erkennen, dass Männer den Computer und das Internet zu einem höheren Prozentsatz im beruflichen Bereich nutzen als Frauen. Bei der privaten Computer- und Internetnutzung jedoch lie-

<sup>8</sup> Um hier zu belastbaren Aussagen zu kommen, müsste freilich für Bildung und Alter kontrolliert werden, da beispielsweise im höheren Alter eine Nennung von Freunden und Freundinnen seltener erfolgt.

<sup>9</sup> Vgl. zu diesen Thesen Arnd-Michael Nohl: Bildung und Migration. In: Frank Gesemann (Hrsg.): Migration und Integration in Berlin. Opladen 2001, S. 293–312; und Rainer Geißler: Die Sozialstruktur Deutschlands. Wiesbaden 2006.

<sup>10</sup> Vgl. dazu Jean Brunet und Serge Proulx: Formal versus Grass-Roots Training: Women, Work, and Computers. In: Journal of Communications, Vol. 39, S. 77–84; und Jane E. Fountain: Constructing the Information Society: Women, Information Technology, and Design. In: Technology in Society, Vol. 22 (1), S. 45–62.

Tabelle 2

**Nutzung neuer Technologien im Jahre 2005**

	Anteil <sup>1</sup> in %	Computer <sup>2</sup>	Internet <sup>2</sup>
Schulbildung			
Schüler	3	4,29*	7,66**
Höchstens Hauptschule (Referenz)	36		
Realschule	34	2,56**	2,88**
(Fach-)Abitur	27	12,55**	13,71**
Generation			
Geboren vor 1939 (Prätechnische Generation) (Referenz)	21		
Geboren von 1939 bis 1948 (Generation erster Haushaltsgeräte)	13	3,45**	7,12**
Geboren von 1949 bis 1964 (Generation fortgeschrittener Geräte)	27	9,49**	14,12**
Geboren von 1965 bis 1980 (Computergeneration)	25	13,85**	22,64**
Geboren nach 1980 (Internetgeneration)	14	54,29**	70,77**
Ostdeutsch (Referenz: Westdeutsch)	21	0,56*	0,42**
Nicht deutsch (Referenz: Deutsch)	5	0,27**	0,13**
Weiblich (Referenz: männlich)	52	0,60**	0,54**
Bezahlte Tätigkeit (Referenz: Keine bezahlte Tätigkeit)	45	3,35**	3,08**
Anzahl guter Freunde (Mittelwert)	4,47	1,04*	1,06**
N / Nagelkerke's R <sup>2</sup>	1 012	0,58	0,58

<sup>1</sup> An der Bevölkerung über 16 Jahre.<sup>2</sup> Ergebnisse logistischer Regressionsanalysen – vgl. Fußnote 11.

\*: p&lt;0,05; \*\*: p&lt;0,01

Quellen: SOEP Sondererhebung 2005; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2006

gen Männer und Frauen beinahe gleichauf. Diese Ergebnisse legen die Vermutung nahe, dass sich die geringeren Quoten der Frauen bei der beruflichen Nutzung primär durch ihre niedrigere Erwerbsquote erklären lassen.

Die vorangegangene Betrachtung basiert allein auf der Deskription der Personenmerkmale. Um die Bedeutung der einzelnen Einflussfaktoren näher bestimmen zu können, sind multivariate Analyseverfahren anzuwenden. Tabelle 2 gibt die Ergebnisse einer entsprechenden logistischen Regression der Nutzungsintensität mit sogenannten „odd ratios“ wieder.<sup>11</sup>

Sie machen deutlich, dass Bildung einen starken Einfluss auf die Wahrscheinlichkeit hat, einen Computer oder das Internet zu nutzen. Dennoch bleibt auch bei der statistischen Bereinigung um den Effekt des Bildungsniveaus der Alterseffekt signifikant, d. h. jüngere Personen nutzen diese Technologie unabhängig von ihrer durchschnittlich höheren Bildung häufiger. Darüber hinaus erweist sich der Einfluss der Größe des Freundeskreises als signifikant positiv.

Zudem lässt sich zeigen, dass auch unter Berücksichtigung des Bildungsniveaus und der Erwerbstätigkeit bedeutsame Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland, zwischen Deutschen und Nichtdeutschen sowie zwischen den Geschlechtern

bestehen: In den Gruppen der Ostdeutschen, der Ausländer und der Frauen ist die Wahrscheinlichkeit geringer als in den jeweiligen Referenzgruppen, einen Computer oder das Internet zu nutzen.

Insgesamt bestätigen die SOEP-Ergebnisse die sogenannte Diffusionstheorie,<sup>12</sup> die in allgemeiner Form beschreibt, in welcher Weise sich die Nutzung neuer Technologien in modernen Gesellschaften verbreitet.<sup>13</sup> Demnach folgt die Diffusion neuer Technologien im Zeitverlauf der Form eines angeschragten „S“: Als Erstes nimmt eine kleine Anzahl von Pionieren und frühen Nutzern<sup>14</sup> (*innovators*, *early adopters*) die technologische Innovation auf, zumeist jüngere Personen mit höherer Bildung. Diesen folgt die große Gruppe der frühen und späten Mehrheit (*early/late majority*), an die sich schließlich eine kleinere Zahl von Nachzüglern (*laggards*) anschließt. Die Gruppe der Nachzügler (*laggards*) hat der Theorie zufolge den niedrigsten Bildungsgrad, ist eher älter als jünger und wenig oder gar nicht in soziale Netzwerke eingebunden. Unter der Annahme, dass (a) höchstens ein Hauptschulabschluss vorliegt, (b) dass es sich um Angehörige der prätechnischen Generation handelt und (c) dass die Personen wenige bis gar keine guten Freunde haben, ergibt sich eine rechnerische Wahrscheinlichkeit der Computernutzung von nahe null (Tabelle 2). Für die anderen Gruppen können die betreffenden Koeffizienten aus dieser Tabelle aufaddiert werden, um sie als Kontrasteffekte gegen die so definierte Gruppe der *laggards* abzusetzen. Für Personen mit mindestens einem Realschulabschluss und mindestens fünf guten Freunden, die zwischen 1949 und 1964 geboren wurden, ergibt sich eine 12mal höhere Wahrscheinlichkeit der Computernutzung. Personen mit Abitur (12,55), zwischen 1965 und 1980 geboren (13,85) und mindestens drei guten Freunden (zusammengesetzte odd ratio  $3 \times (1,04 - 1) = 0,12$ ) weisen eine 26mal höhere Wahrscheinlichkeit auf. Es zeigt sich also, dass die von der Theorie genannten Faktoren Bildung, Alter und soziale Netzwerke in der Tat entscheidend sind für die Nutzung neuer Technologien.

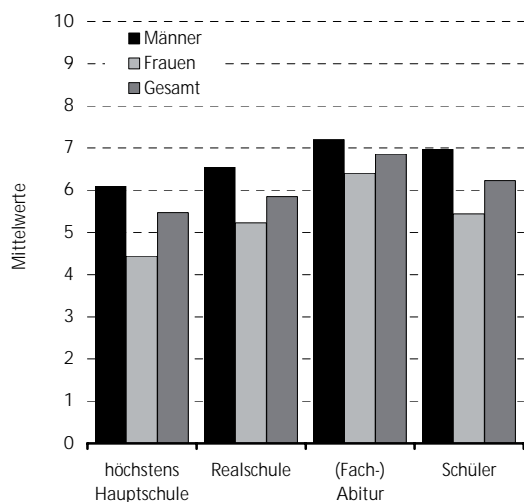
<sup>11</sup> Vgl. zur Methode z. B. David W. Hosmer Jr. und Stanley Lemeshow: Applied Logistic Regression. New York 2000 (2nd Ed.). Bis auf das Alter (siehe Tabelle 3 und 4), bei dem der Koeffizient mit dem Lebensjahr multipliziert werden muss, sind die Koeffizienten als Kontrasteffekte im Vergleich zur jeweiligen Referenzkategorie zu interpretieren. Werte kleiner als 1 indizieren eine geringere Wahrscheinlichkeit der Computer- bzw. Internetnutzung als in der Referenzgruppe; Werte größer als 1 eine vergleichsweise höhere Nutzung.

<sup>12</sup> Everett M. Rogers: Diffusion of Innovations. New York 1995.

<sup>13</sup> Zu einer Analyse hinsichtlich der Diffusionsprozesse von E-Business-Technologien in Unternehmen vgl. Philipp Köllinger: E-Business in europäischen Unternehmen: Wachsende Kluft zwischen Pionieren und Nachzüglern. In: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 20/2004.

<sup>14</sup> Dies wären in Deutschland die Mitglieder der Computer- bzw. Internetgeneration.

Abbildung 2

**Selbsteinschätzung der Internet-Kompetenz<sup>1</sup>**

**1** Frage: Wie würden Sie auf einer Skala von 0 (ganz und gar unerfahren) bis 10 (sehr erfahren) Ihre persönliche Kompetenz im Umgang mit dem Internet einschätzen?

Quellen: SOEP Sondererhebung 2005;  
Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2006

**Nutzungsverhalten und Internetkompetenz**

Abbildung 2 zeigt die Einschätzung der eigenen Kompetenz beim Umgang mit dem Internet nach Bildungsabschluss und Geschlecht. Es lässt sich erkennen, dass Unterschiede zwischen den Bildungsabschlüssen und zwischen den Geschlechtern existieren. Ähnlich wie für den Zugang zu diesen neuen Medien gibt es klare Hinweise auf einen positiven Zusammenhang zwischen dem Bildungsabschluss und der selbst attribuierten Internetkompetenz. In jeder Gruppe schätzen zudem Männer ihre eigene Internetkompetenz höher ein als Frauen. Allein in der Gruppe der (Fach-)Abiturienten zeichnet sich eine Annäherung zwischen den Geschlechtern ab.<sup>15</sup>

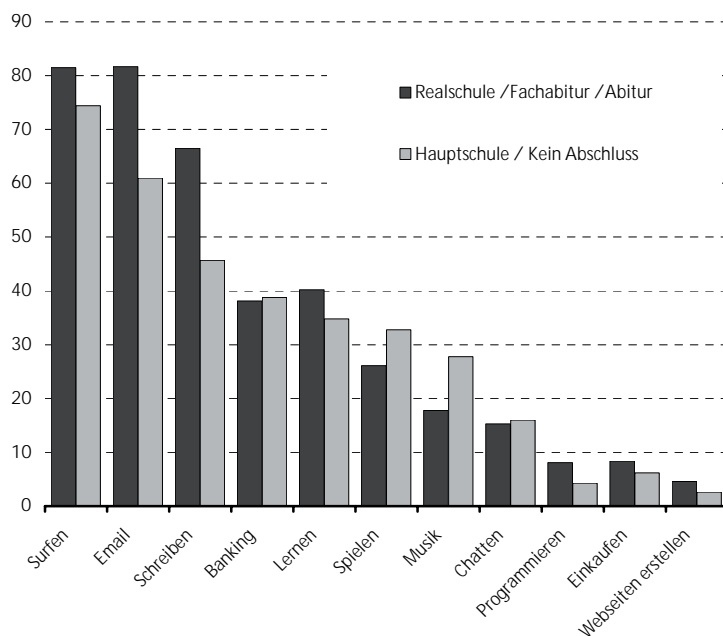
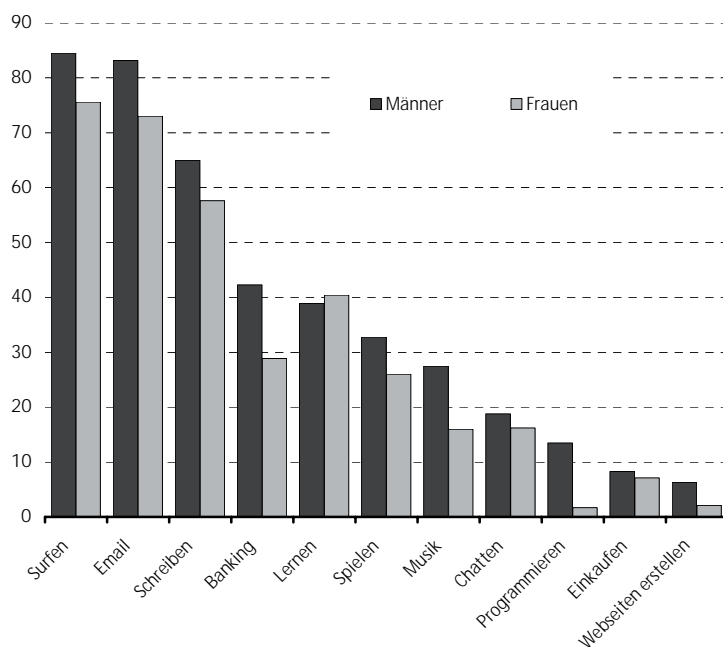
Differenziert man nach konkreten Anwendungsbe-reichen, so erweist sich der Einfluss der Bildung ebenfalls als bedeutsam (Abbildung 3). Die insgesamt am Häufigsten genannten Anwendungen – das Surfen im Internet, die Kommunikation per Email und die Textverarbeitung werden zumeist von Personen genannt, die mindestens einen Real-schulabschluss haben. Dies gilt auch für den Bereich „Lernen am PC“.<sup>16</sup> Personen mit höchstens einem Hauptschulabschluss nutzen den Computer dagegen häufiger zum Spielen und dem Konsum von Musik und Filmen, die also ausschließlich dem Freizeitbe-reich zuzuordnen sind.

Männer nutzen den Computer häufiger als Frauen im Freizeitbereich (Filme, Musik, Spiele, „online-banking“) (Abbildung 3). Auch Programmieren ist

Abbildung 3

**Ausgewählte Nutzungsarten von Computer und Internet im Jahre 2005**

In % (Mehrfachnennungen möglich)

**a) Bildungsgruppen****b) Geschlecht**

Quellen: SOEP Sondererhebung 2005;  
Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2006

**15** Der Populationsmittelwert liegt bei 6,24 Punkten. In allen Bildungsgruppen unterscheiden sich die Mittelwerte der Männer und Frauen signifikant voneinander. Innerhalb der Bildungsgruppen unterscheidet sich nur die Gruppe der „Schüler“ nicht signifikant vom Populationsmittelwert.

**16** Anwendungen werden mindestens einmal pro Woche genutzt.



Tabelle 3

**Ausgewählte Nutzungsarten des Computers im Jahre 2005<sup>1</sup>**

	Anteil <sup>2</sup> in %	Schreiben, Malen	Spielen	Lernen	Filme, Musik	Program- mieren
Schulbildung						
Noch in der Schule	5	1,22	1,41	0,62	0,67	4,61
Höchstens Hauptschule (Referenz)	18					
Realschule	38	1,60	0,53*	0,74	0,39**	1,06
(Fach-)Abitur	38	3,72**	0,69	1,70*	0,55	2,42
Ostdeutsch (Referenz: Westdeutsch)	20	1,29	1,31	1,50	1,02	0,74
Nicht deutsch (Referenz: Deutsch)	5	0,66	1,18	0,47	0,72	0,66
Weiblich (Referenz: männlich)	47	0,74	0,67*	1,06	0,39**	0,10**
Erwerbstätigkeit (Referenz: nicht erwerbstätig)	62	1,41	0,53**	0,78	0,31**	2,79*
Alter (Mittelwert)	48	1,00	0,96**	0,96**	0,94**	0,98
Anzahl guter Freunde (Mittelwert)	4,85	1,08**	0,98	1,02	1,02	1,03
N / Nagelkerke's R <sup>2</sup>	631	0,13	0,14	0,10	0,29	0,19

**1** Ergebnisse logistischer Regressionsanalysen – Odd Ratio-Koeffizienten: Werte kleiner als 1 indizieren eine geringere, Werte größer als 1 eine höhere Wahrscheinlichkeit als die Referenz.

**2** An der Bevölkerung über 16 Jahre.

\*: p<0,05; \*\*: p<0,01

Quellen: SOEP Sondererhebung 2005;  
Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2006

seltener zum Spielen und für den Medienkonsum nutzen (Tabelle 3). Das Internet benutzen sie häufiger zur Kommunikation per Email, ansonsten unterscheiden sich die Gruppen kaum hinsichtlich der spezifischen Anwendungen (Tabelle 4). Zwischen Ost- und Westdeutschland zeigen sich keinerlei Differenzen, auch nicht zwischen Deutschen und Ausländern. Die Anzahl der guten Freunde erweist sich als weitgehend bedeutungslos. Zugleich bestätigt sich, dass Frauen den Computer seltener zum Spielen, für Filme und Musik oder zum Programmieren nutzen; dies gilt ebenso auch in allen Bereichen der Internetnutzung. Erwerbstätige spielen und chatten seltener als Nichterwerbstätige, sehen seltener Filme oder hören seltener Musik mit dem Computer, nutzen ihn aber häufiger zum Programmieren – wahrscheinlich in beruflichen Kontexten.

Auch unter Berücksichtigung der Bildung bleibt der Alterseffekt bei einer Reihe von Nutzungsmöglichkeiten bestehen. Ältere Personen spielen, lernen und chatten seltener als jüngere. Hinsichtlich der Nutzung von Textverarbeitung, Kommunikation per Email, dem allgemeinen „Surfen“ und der Internet-Kontoführung sind dagegen keine Altersunterschiede feststellbar.

**Fazit**

Aktuelle Daten aus dem Jahre 2005 belegen, dass ein ausgeprägter Zusammenhang zwischen der Computer- sowie der Internetnutzung und der Bildung besteht. Personen mit höheren Bildungsabschlüssen sind zudem häufiger unter den Pionieren, die die neuen Computer- und Internettechnologien verwenden. Dass die Computer- und Internetverbreitung in Deutschland seit einigen Jahren auf demselben Niveau verharrt, verweist auf eine mögliche Verfestigung der digitalen Spaltung.

Menschen aus höheren Bildungsschichten fühlen sich kompetenter im Umgang mit dem Internet. Sie nutzen den Computer häufiger zu Bildungszwecken, Menschen aus niedrigeren Bildungsschichten häufiger zur Freizeitbeschäftigung. Auch verweisen die Zusammenhänge zwischen dem Bildungsniveau und der Computer- bzw. Internetnutzung sowie den subjektiv empfundenen Kompetenzen und den hier beschriebenen Nutzerpräferenzen auf eine Verfestigung der digitalen Spaltung. Fördernde Maßnahmen und Bildungsangebote zur Überwindung sollten vor allem auf die arbeitsmarkt- und bildungsfernen Gruppen konzentriert werden.

**17** Diese Tendenzen bleiben bei zusätzlicher Berücksichtigung der Nutzungshäufigkeit weitgehend bestehen.

offenbar weitgehend „Männersache“. Frauen liegen bei den Bildungsaktivitäten vorn; dass Frauen in fast allen anderen Feldern etwas geringere Anteile aufweisen, verweist zugleich auf die kleinere Anzahl von Mehrfachnennungen bei ihnen.<sup>17</sup>

Auch bei der multivariaten Analyse zeigt sich, dass Personen mit höherer Bildung den Computer signifikant häufiger zum Schreiben und Lernen und

Tabelle 4

**Ausgewählte Nutzungsarten des Internets im Jahre 2005<sup>1</sup>**

	Anteil <sup>2</sup> in %	Emails	Surfen	Chatten	Einkaufen	Banking	Webseiten erstellen
Schulbildung							
Noch in der Schule	5	1,91	1,38	1,49	0,21	0,08*	2,61
Höchstens Hauptschule (Referenz)	15						
Realschule	37	2,16*	0,96	0,84	1,09	0,81	0,98
(Fach-)Abitur	41	4,26**	1,86	0,95	1,32	1,42	2,25
Ostdeutsch (Referenz: Westdeutsch)	18	0,89	1,63	0,90	1,56	1,39	0,68
Nicht deutsch (Referenz: Deutsch)	3	0,68	5,28	0,47	1,01	0,86	2,43
Weiblich (Referenz: männlich)	45	0,51**	0,62*	0,77	0,81	0,57**	0,33*
Erwerbstätigkeit (Referenz: nicht erwerbstätig)	64	1,10	1,23	0,49**	0,57	0,92	2,67
Alter (Mittelwert)	40	0,98*	0,99	0,95**	0,97*	1,00	0,99
Anzahl guter Freunde (Mittelwert)	5,03	1,01	0,99	1,03	0,96	0,98	1,01
N / Nagelkerke's R <sup>2</sup>	532	0,10	0,06	0,19	0,05	0,10	0,09

**1** Ergebnisse logistischer Regressionsanalysen – Odd Ratio-Koeffizienten: Werte kleiner als 1 indizieren eine geringere, Werte größer als 1 eine höhere Wahrscheinlichkeit als die Referenz.

**2** An der Bevölkerung über 16 Jahre.

\*: p<0,05; \*\*: p<0,01

Quellen: SOEP Sondererhebung 2005;  
Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2006

# Beschäftigungs- und Arbeitsmarktentwicklung in der Europäischen Währungsunion

Joachim Volz  
jvolz@diw.de

*In den letzten drei Jahrzehnten stieg die Arbeitslosigkeit in den Mitgliedstaaten des heutigen Euroraums, nur unterbrochen von relativ kurzen Phasen der wirtschaftlichen Erholung. Der jeweils vorhergehende Anstieg der Arbeitslosigkeit konnte dabei zumeist nicht vollständig kompensiert werden. Zwar hat die Beschäftigung im Euroraum seit 1993 beständig zugenommen, und die Arbeitslosigkeit hatte sich zwischenzeitlich spürbar vermindert. In den meisten Ländern ist sie aber immer noch auf einem so hohen Niveau, dass die Ausweitung der Beschäftigung ein vorrangiges Ziel der Wirtschaftspolitik bleibt.*

*Viele EWU-Länder haben darauf mit Arbeitsmarktreformen reagiert, und auch die EU hat durch die Lissabon-Strategie Impulse in diese Richtung gegeben. Diese Maßnahmen und Strategien sind durchaus positiv zu bewerten. Es bedarf aber einer höheren gesamtwirtschaftlichen Wachstumsdynamik, damit sie ihr Beschäftigungspotential stärker entfalten können.*

Seit den 70er Jahren ist die Arbeitslosigkeit in den Ländern des Euroraums in Schüben gestiegen. Insbesondere die verschiedenen Öl- und Dollarkrisen haben hierzu einen erheblichen Beitrag geleistet. Mit jeder Wachstumsabschwächung nahm die Arbeitslosigkeit zu, und zumeist war der anschließende Aufschwung nicht kräftig oder andauernd genug, die Arbeitslosenquote wieder auf das frühere Niveau zu senken, d. h. die Zahl der Arbeitslosen erhöhte sich Stufe um Stufe. Damit einher ging eine starke Erhöhung der Zahl der langfristig Arbeitslosen, was zunehmend zu Verhärtungen am Arbeitsmarkt führte.

In den Jahren nach 1993, als die Arbeitslosenquote auf ein neues Hoch zusteuerte, war die Wirtschaftspolitik der Länder der Europäischen Union, die eine Währungsunion anstrebten, vor allem von dem Zwang geprägt, die Kriterien des Maastricht-Vertrages zu erfüllen. Der Spielraum für die Finanz-

politik wurde also gerade in der Zeit beschränkt, als sich viele Länder von der EWU-weiten Rezession noch nicht ganz erholt hatten. Gleichzeitig war die Geldpolitik, die damals noch von der Deutschen Bundesbank dominiert wurde, restriktiv. Mit der Ausrichtung der zwei wichtigsten makroökonomischen Politikbereiche auf Restriktion war die durchschnittliche Wachstumsrate im Euroraum dann bis 1996 auch nur niedrig. Erst 1997 kam ein im Wesentlichen durch Exporte getriebener, länger anhaltender Aufschwung in Gang, der durch die Krisen in Asien, Russland und Lateinamerika nur vorübergehend beeinträchtigt wurde.

Die Lohnpolitik im Euroraum war in den 90er Jahren sehr moderat. Der sogenannte Verteilungsspielraum<sup>1</sup> wurde selbst unter Berücksichtigung

<sup>1</sup> Vgl. Fußnote 2 zur Abbildung 1.

der überzogenen Lohnerhöhungen während des deutschen Vereinigungsprozesses im Mittel nicht überstrapaziert (Abbildung 1). Damit einher ging zeitweise eine unterdurchschnittliche Entwicklung des privaten Verbrauchs; erst Ende der 90er Jahre, als die Geldpolitik allmählich gelockert wurde und sich in der Folge Produktion und Beschäftigung weiter belebten, trug auch der private Verbrauch zum Wachstum bei. Das Jahr 2000 wiederum, als sich – ausgehend von den USA – die internationale Konjunktur mit dem Zusammenbruch der Aktienmärkte, den Übersteigerungen im IT-Bereich, der Ölpreisexplosion und der verzögerten Lockerung der Geldpolitik rasch abkühlte, markierte für den Euroraum den Wendepunkt zu einem erneuten Abschwung, dessen Folgen für den Arbeitsmarkt bis heute noch nicht völlig überwunden sind.

### Entwicklung wichtiger Arbeitsmarktindikatoren 1993 bis 2005

#### Arbeitslosenquote

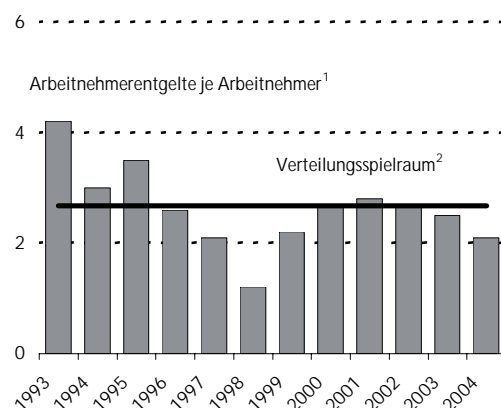
Die Zahl der Arbeitslosen und damit auch die Arbeitslosenquote (standardisierte Quote nach den Berechnungen der OECD) folgten in den Jahren seit 1993 der konjunkturellen Entwicklung in der EWU. Bei sehr unterschiedlichem Ausgangsniveau stieg die Arbeitslosenquote in der Rezession 1993 gegenüber dem Vorjahr kräftig an; danach verharrte sie einige Jahre bei knapp 11 %. Dabei nahm in allen Ländern die Zahl der längerfristig Arbeitslosen zu. Diese Entwicklungen können Indiz dafür sein, dass ein wachsender Teil der Arbeitslosigkeit struktureller Natur ist. Zwar konnten einige Länder, insbesondere Spanien, Finnland und Irland, auch in dieser Zeit ihre Arbeitslosigkeit stark reduzieren. In der EWU insgesamt verbesserte sich die Arbeitsmarktlage aber erst mit dem Aufschwung ab 1998. Nach 2001 ist die Arbeitslosenquote wieder gestiegen; sie ist auch heute noch höher als im letzten Tiefpunkt 2001 (Abbildung 2).

#### Erwerbstätigkeit und Arbeitsvolumen

Die Zahl der Erwerbstätigen im Euroraum ist seit 1993 kontinuierlich gestiegen. Dieser Indikator ist für die Beurteilung der Lage am Arbeitsmarkt indes nur bedingt aussagefähig. Die umfassendere Größe zur Beschreibung des Arbeitseinsatzes ist das Arbeitsvolumen in Stunden, das sich aus der Zahl der Erwerbstätigen und den Arbeitsstunden je Erwerbstätigen ergibt (Abbildung 2 und Tabelle 1). Auch wenn die durchschnittlich geleistete Stundenzahl – bei gleichzeitigem Anstieg der Teilzeitquote – bis 2003 zurückging, nahm das Arbeitsvolumen fast ununterbrochen zu. Von 2001 an reichte das Wachstum

Abbildung 1

#### Verteilungsspielraum im Euroraum 1993 bis 2004



1 Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

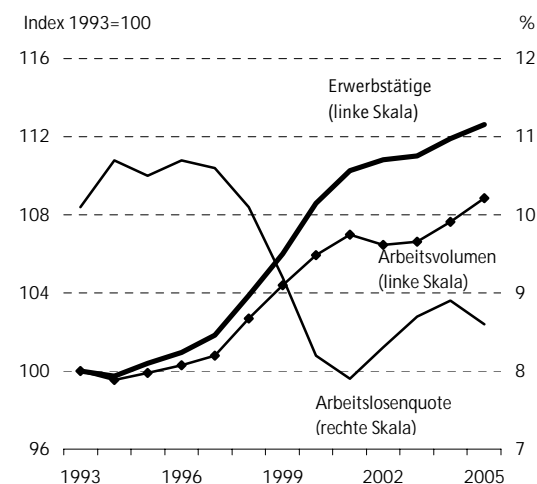
2 Inflationswert (1,5%) plus jahresdurchschnittlicher Produktivitätsfortschritt im Zeitraum 1993 bis 2003 (1,2%).

Quellen: Europäische Kommission;  
Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2006

Abbildung 2

#### Erwerbstätige, Arbeitsvolumen und Arbeitslosenquote im Euroraum 1993 bis 2005



Quellen: Eurostat;

Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2006

der Arbeitsnachfrage (des Arbeitsvolumens) allerdings nicht mehr aus, den Zuwachs beim Arbeitsangebot zu absorbieren, so dass die Arbeitslosenquote wieder stieg. Ein erheblicher Teil der neu registrierten Erwerbstätigen kam aus der stillen Reserve des Arbeitsmarktes. Gleichzeitig lässt sich eine Abkehr von den Normalarbeitsverhältnissen beobachten: Aus traditionellen Vollzeitarbeitsplätzen werden



Tabelle 1

**Wichtige Arbeitsmarkindikatoren für den Euroraum 1993 bis 2005**

	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005
	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %												
Geleistete Arbeitsstunden <sup>1</sup>													
je Erwerbstätigen	-0,8	-0,2	-0,3	-0,2	-0,4	-0,1	-0,4	-0,9	-0,5	-1,0	-0,0	0,2	0,1
je abhängig Beschäftigten (ohne Österreich, Finnland)	-1,0	-0,3	-0,6	-0,5	-0,3	-0,1	-0,4	-1,1	-0,5	-0,9	-0,5	0,2	0,0
Erwerbstätige	-1,8	-0,2	0,7	0,6	0,9	2,0	2,1	2,5	1,6	0,6	0,4	1,0	1,0
Abhängig Beschäftigte	-1,7	-0,3	0,8	0,7	1,2	2,3	2,6	2,8	1,8	0,7	0,4	1,0	1,1
Lohnstückkosten <sup>2</sup>													
Gesamtwirtschaft	4,1	0,5	2,2	1,4	0,3	0,6	1,6	1,5	2,4	2,3	1,8	0,8	1,4
Unternehmenssektor	4,0	0,2	1,7	0,6	-0,5	0,3	0,7	1,0	2,2	1,9	1,4	0,5	1,1
	Quoten in %												
Arbeitslosenquote	10,1	10,7	10,5	10,7	10,6	10,1	9,2	8,2	7,9	8,3	8,7	8,9	8,6
Teilzeitquote <sup>3</sup>	12,5	13,2	13,7	14,1	14,7	15,2	15,7	16,0	16,1	16,6	16,9	17,8	19,0
Partizipationsquote <sup>4</sup>													
Insgesamt	58,2	57,8	58,0	58,1	58,4	59,2	60,4	61,5	62,2	62,4	62,6	63,0	
Männer	70,3	69,5	69,4	69,2	69,3	69,9	70,8	71,6	72,0	71,7	71,5	71,5	
Frauen	46,2	46,2	46,6	47,1	47,7	48,6	50,1	51,4	52,4	53,1	53,6	54,5	

<sup>1</sup> Für 2005 Schätzung des DIW Berlin.<sup>2</sup> Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer in Relation zum realen Bruttoinlandsprodukt je Beschäftigten.<sup>3</sup> In % der Erwerbstätigen insgesamt.<sup>4</sup> Anzahl der erwerbstätigen Personen in der jeweiligen Gruppe im Alter zwischen 15 und 64 Jahren in Relation zur jeweiligen Bevölkerungsgruppe in derselben Altersklasse.

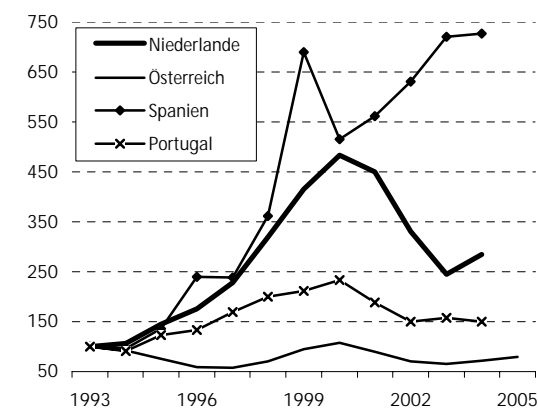
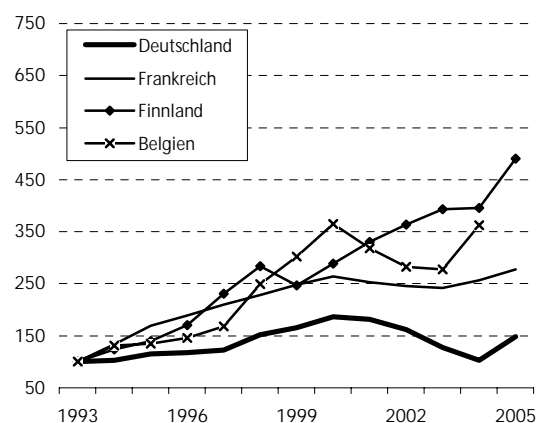
Quellen: OECD; Eurostat; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2006

Abbildung 3

**Offene Stellen im Euroraum**

Index 1993=100



Quellen: OECD; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2006

immer mehr ‚atypische‘ Beschäftigungsformen, insbesondere befristete, Teilzeit- und sogenannte Minijobs. In einigen Ländern – besonders ausgeprägt in Deutschland – hatte dies zur Folge, dass die Zahl sozialversicherungspflichtiger Arbeitsverhältnisse trotz des Anstiegs der Erwerbstätigenzahl abnahm – mit negativen Folgen für die jeweiligen Sozialversicherungssysteme.

Ein Indikator für die gestiegene Arbeitsnachfrage ist auch die Entwicklung der offenen Stellen. Hierfür sind leider keine Zahlen für den Euroraum insgesamt verfügbar. Für die meisten Länder zeigt sich zwar für den Beobachtungszeitraum langfristig wie auch für die letzten zwei bis drei Jahre ein Aufwärtstrend; die Relation von offenen Stellen zur Zahl der Arbeitslosen liegt aber zumeist unter 10 % (Abbildung 3).

**Entwicklung der Partizipationsquoten**

Der Anteil der erwerbstätigen Personen im Alter zwischen 15 und 64 Jahren an der Bevölkerung hat seit 1993 deutlich zugenommen. Dies geht fast ausschließlich auf die verstärkte Erwerbsbeteiligung der Frauen (Tabelle 1) zurück. So stieg der Anteil der erwerbstätigen Frauen an der weiblichen Erwerbsbevölkerung von 46 % im Jahre 1993 auf rund 55 % in 2004. Demgegenüber blieb die Partizipationsquote bei den Männern mit rund 70 bzw. 72 % fast gleich. Die Ausweitung des Arbeitsvolumens im Euroraum zwischen 1993 und 2004 ist damit

vor allem auf die gestiegene Frauenerwerbstätigkeit zurückzuführen. Dass die Ausweitung des Arbeitsplatzangebots Frauen stärker zugute gekommen ist, dürfte auch im Zusammenhang mit der anhaltenden Tertiärisierung der Volkswirtschaften zu sehen sein. Zu beachten ist aber auch, dass die neuen Arbeitsplätze vielfach im Niedriglohnbereich entstanden sind bzw. bestehende Arbeitsplätze in derartige, geringer bezahlte Arbeitsverhältnisse umgewandelt wurden.<sup>2</sup>

Alles in allem sind im Beobachtungszeitraum die Zahl der Erwerbstätigen und das Arbeitsvolumen in der EWU deutlich gestiegen. Dies schlug sich jedoch nicht in vollem Umfang in einer Verringerung der Arbeitslosigkeit nieder, weil sich das Arbeitsangebot ebenfalls erhöht hat.

### **Tendenzen der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik in der EWU**

Gesamtwirtschaftlich gesteuerte Wachstums- und Beschäftigungspolitik ist in der öffentlichen Debatte in den letzten zehn Jahren stark in den Hintergrund getreten. Stattdessen dreht sich die Diskussion vor allem um eine Veränderung der Arbeitsmarktstrukturen. Die Arbeitslosigkeit, so wird argumentiert, sei ein weitgehend strukturelles Phänomen. Flexibilität und Mobilität der Arbeitsuchenden seien zu gering, die Arbeitskosten insbesondere im Niedriglohnbereich zu hoch, und die Qualifikationen entsprächen vielfach nicht den Ansprüchen. Mit dieser Diagnose verbindet sich in allen Ländern des Euroraums die Forderung, die Wettbewerbsfähigkeit des Landes müsse erhöht werden. Solange dies durch Lohnkostensenkungen erreicht werden soll, ist der Erfolg nur garantiert, wenn die konkurrierenden Länder nicht dieselbe Strategie fahren. Sonst droht ein Wettlauf, bei dem keiner gewinnt, zumal auch die Problematik einer Beeinträchtigung der binnenwirtschaftlichen Nachfrage durch absolute oder relative Lohnsenkungen hierbei häufig ausgeblendet wird.

Alle Länder im Euroraum haben entsprechend dieser Analyse in den letzten Jahren vor allem auf nationaler und regionaler Ebene zahlreiche Maßnahmen ergriffen. Auch auf europäischer (EU-) Ebene hat es mit der Lissabon-Strategie einen Versuch gegeben, Konzepte zur Verbesserung der Arbeitsmarktlage zu entwickeln. Einige Facetten dieser Strategie sollen hier beleuchtet werden.

Im März 2000 hat der Europäische Rat in Lissabon eine Strategie zur Stärkung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Europäischen Union, zu einer ökologisch nachhaltigen Entwicklung und zur Bewältigung der sozialen Probleme verabschiedet.<sup>3</sup> Ziel war es vor allem, das sich vergrößernde Gefälle

zwischen der EU und den USA hinsichtlich Wachstum und Produktivität, das auf eine Wirtschaftsleistung der EU unter Potentialniveau schließen ließ, wieder zu verringern. Mittelfristig glaubte man, das Wirtschaftswachstum auf dauerhaft 3 % anheben zu können. Als zentrale Herausforderungen sah man die Globalisierung (zunehmender Wettbewerb), den Trend zu einer wissensbasierten Volkswirtschaft (höhere Anforderungen an das Humankapital) und die Demographie (Alterung der Bevölkerung und der Druck auf die Sozialsysteme).

Strukturelle Reformen sollten inflationsfreies Wachstum und Beschäftigung fördern. Dabei stehen aus wirtschaftlicher Sicht folgende Ziele bzw. Maßnahmen im Vordergrund:

- eine Anhebung der Gesamtbeschäftigungsquote in der EU bis zum Jahre 2010 auf 70 % (bei der Frauenerwerbsquote auf 60 %),
- eine Erhöhung des Humankapitals durch bessere Erziehung und Fortbildung,
- eine Anhebung der Ausgaben für Forschung und Entwicklung auf 3 % des Bruttoinlandsprodukts,
- eine stärkere Öffnung der Dienstleistungsmärkte.

Ein Großteil der dafür erforderlichen Reformen fällt in Bereiche, die der nationalen Zuständigkeit unterliegen. Dies entspricht insoweit auch dem Grundgedanken der Subsidiarität, wobei eine Kooperation der Mitgliedsländer auf EU-Ebene auch wegen der grenzüberschreitenden Auswirkungen von Reformmaßnahmen erforderlich ist. Die Umsetzung dieser Strategie ist nur in Ansätzen gelungen. So liegt der Anteil der FuE-Ausgaben am Bruttoinlandsprodukt immer noch bei 2 %, und die Öffnung der Dienstleistungsmärkte ist bisher nicht wirklich in Gang gekommen.

Die für das Jahr 2005 gesetzten beschäftigungspolitischen Zwischenziele der Lissabon-Strategie sind in sehr unterschiedlichem Maße realisiert worden (Tabelle 2). Während die Umsetzungsquote bei den Binnenmarktrichtlinien fast erfüllt wurde und die Frauenerwerbsquote den Zwischenzielwert (57 %) erreicht hat, hinkten die Gesamtbeschäftigungsquote und insbesondere die Beschäftigung älterer Arbeitnehmer (mit etwa 42 % gegenüber dem Zielwert von 50 %) deutlich hinterher.

<sup>2</sup> Vgl. Karl Brenke: Wachsender Niedriglohnsektor in Deutschland – sind Mindestlöhne sinnvoll? In: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 15–16/2006.

<sup>3</sup> Zu den Einzelheiten vgl. insbesondere: Schlussfolgerungen des Vorsitzes, Europäischer Rat (Lissabon), 23. und 24. März 2000, die dort angegebenen, dem Rat vorgelegten Dokumente ([www.portugal.ue-2000.pt](http://www.portugal.ue-2000.pt)) sowie die Ratsdokumente aus den Folgejahren.

Tabelle 2

**Wichtige Ziele, Zielvorgaben und Zielrealisierung im Rahmen der Lissabon-Strategie<sup>1</sup> in den ersten fünf Jahren<sup>2</sup>**

Ziel	Indikator	Zielvorgabe	Zieljahr	Zwischenziel	Stand
				2005	2005
1. Aktive Beschäftigungspolitik für mehr und bessere Arbeitsplätze in Europa	Beschäftigungsquote	70,0%	2010	67,0%	64,8%
	Frauenbeschäftigungsquote	60,0%	2010	57,0%	57,0%
2. Höhere Wettbewerbsfähigkeit durch Verwirklichung des Binnenmarktes	Umsetzungsquote der Binnenmarktrichtlinien	98,5%	2002		97,0%
3. In Menschen investieren – soziale Ausgrenzung bekämpfen	Frühzeitige Schulabgänger	10,0%	2010		18,0%
4. In Humankapital investieren und Lernen realisieren	Beschäftigungsquote bei Arbeitnehmern im Alter von 55–60 Jahren	50,0%	2010		41,9%
5. Forschungsförderung	F&E-Ausgaben in % des BIP	3,0%	2010		2,0% (2003)

<sup>1</sup> Lissabon-Strategie vom März 2000 mit Nachfolgestrategien von Stockholm (März 2001) und Barcelona (März 2002). <sup>2</sup> Für den Durchschnitt der EU 15.

Quellen: Schlussfolgerungen des Vorsitzes, Europäischer Rat (Lissabon), 23. und 24. März 2000, die dort angegebenen, dem Rat vorgelegten Dokumente ([www.portugal.ue-2000.pt](http://www.portugal.ue-2000.pt)) sowie die Ratsdokumente aus den Folgejahren.

DIW Berlin 2006

Bei der nationalen Umsetzung der beschäftigungspolitischen Ziele der Lissabon-Strategie standen Arbeitsmarktreformen im Vordergrund. Einerseits sollten die Anreize zur Erwerbsbeteiligung verstärkt werden, andererseits Hemmnisse bei der Einstellung Arbeitsuchender in den Unternehmen beseitigt werden. Die meisten Länder haben ein Bündel verschiedener Maßnahmen ergriffen. So wurden der Faktor Arbeit steuerlich bzw. bei den Sozialabgaben entlastet, die Vorruhestandsregelungen restriktiver gehandhabt oder der Umfang der Sozialleistungen geschmälert. Ansatzweise wurde auch der Kündigungsschutz – vor allem bei befristeten Arbeitsverhältnissen – gelockert. Die überwiegend tarifrechtlichen Regelungen unterliegenden Lohnabschlüsse waren im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt – gemessen an der entsprechenden Produktivitätsentwicklung – zumeist sehr moderat.<sup>4</sup>

## Ausblick

Insgesamt dürfte die Lissabon-Strategie dazu beitragen, strukturelle Probleme am Arbeitsmarkt zu entschärfen. Sie greift im Wesentlichen Ansätze auf, die auf nationaler Ebene ohnehin aktuell sind. Ein deutlicher Effekt in Richtung auf eine Senkung der Arbeitslosigkeit insgesamt ist in den letzten Jahren aber noch nicht zu erkennen; hierzu fehlt es wei-

terhin an der notwendigen Wachstumsdynamik im Euroraum.

Die Lissabon-Strategie sagt wenig über die erforderlichen makroökonomischen (insbesondere auch Nachfrage-) Bedingungen aus, die es dafür zu schaffen gilt.<sup>5</sup> Nur wenn das Zusammenspiel von Geld-, Finanz- und Lohnpolitik entsprechend gestaltet ist, kann das mittels der Lissabon-Strategie zu steigernde Wachstumspotential auch ausgeschöpft werden. Wie frühere Untersuchungen über die Beschäftigungsintensität des Wirtschaftswachstums gezeigt haben,<sup>6</sup> ist es vor allem erforderlich, dass ein ausreichend kräftiger Aufschwung über mehrere Jahre hindurch erreicht wird. Die in den letzten Jahren durchgeführten Reformen würden es tendenziell erleichtern, einen länger andauernden Wachstumsprozess frei von Störungen – etwa als Folge von die Preisstabilität gefährdenden ‚bottle-necks‘ am Arbeitsmarkt – zu halten.

<sup>4</sup> Dabei entsprach die schwache Lohnentwicklung sogar der sehr weitgehenden Forderung der Vertreter einer Berücksichtigung der sogenannten Entlassungsproduktivität, nach der Produktivitätszuwächse bei der Lohnanpassung insoweit nicht zu berücksichtigen seien als sie lediglich auf Entlassungen zurückzuführen wären.

<sup>5</sup> Hierzu wurden auch bei dem EU-Gipfel im März dieses Jahres, bei dem die Diskussion der Lissabon-Agenda allerdings nur von untergeordneter Bedeutung war, keine Aussagen gemacht.

<sup>6</sup> Vgl. etwa Camille Logeay und Joachim Volz: EWU – Wachstum schafft Beschäftigung. In: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 50/2000.

The British Embassy, DIW Berlin and  
the Anglo-German Foundation are pleased to invite you  
to the next DIW Berlin Seminar with

Professor John Van Reenen and Dr Tobias Kretschmer  
Centre for Economic Performance (CEP) at the  
London School of Economics

## Report Launch and Debate 'Better Work-Life Balance – Higher Productivity? Results of a Comparative Management Study'

Wednesday, May 17, 2006 at 1:00 p.m.

British Embassy Berlin  
Wilhelmstraße 70-71, 10117 Berlin

Companies that are bigger and better managed seem to provide a better work-life balance for their employees, according to a new report published by the Anglo-German Foundation. Globalisation and tougher product market competition improve management practices but without any detrimental impact on work-life balance. However, there is no evidence that firms with better work-life balance practices – shorter hours, flexible working, family-friendly policies, etc. – have higher productivity.

The comparative study uses an innovative survey tool on over 700 manufacturing firms in France, Germany, the UK and the United States to ask questions about management practices and work-life balance.

**Comment:** Elisabeth Niejahr, *Die Zeit*

**Chair:** Regina Vogel, Deputy Director, Anglo-German Foundation

The presentation will be held in English.

Please confirm your participation by **May 5, 2006**

By fax: 030-897 89 119

or by e-mail: [events@diw.de](mailto:events@diw.de).

For security reasons at the British Embassy, we ask you for a confirmed reservation. Please remember to bring valid identification.

The event starts with a lunch.

Pamela Major  
Counsellor EU & Economic  
British Embassy

Dr. Susanne M. Schmidt  
Managing Director  
DIW Berlin

Regina Vogel  
Deputy Director  
Anglo-German Foundation

### Impressum

DIW Berlin  
Königin-Luise-Str. 5  
14195 Berlin

### Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann (Präsident)  
Prof. Dr. Georg Meran (Vizepräsident)  
Dr. Tilman Brück  
Dörte Höppner  
Prof. Dr. Claudia Kemfert  
Dr. Bernhard Seidel  
Prof. Dr. Viktor Steiner  
Prof. Dr. Alfred Steinherr  
Prof. Dr. Gert G. Wagner  
Prof. Dr. Axel Werwatz, Ph.D.  
Prof. Dr. Christian Wey

### Redaktion

Kurt Geppert  
Dr. Elke Holst  
Manfred Schmidt  
Dr. Mechthild Schrooten

### Pressestelle

Renate Bogdanovic  
Tel. +49 – 30 – 89789-249  
[presse@diw.de](mailto:presse@diw.de)

### Vertrieb

DIW Berlin Leserservice  
Postfach 7477649  
Offenburg  
[leserservice@diw.de](mailto:leserservice@diw.de)  
Tel. 01805 – 198888, 12 Cent/min.

Reklamationen können nur innerhalb von vier Wochen nach Erscheinen des Wochenberichts angenommen werden; danach wird der Heftpreis berechnet.

### Bezugspreis

Jahrgang Euro 180,-  
Einzelheft Euro 7,- (jeweils inkl. Mehrwertsteuer und Versandkosten)  
Abbestellungen von Abonnements spätestens 6 Wochen vor Jahresende

ISSN 0012-1304

Bestellung unter [leserservice@diw.de](mailto:leserservice@diw.de)

**Konzept und Gestaltung**  
kognito, Berlin

**Satz**  
eScriptum, Berlin

**Druck**  
Walter Grützmaker GmbH & Co. KG

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an die Stabsabteilung Information und Organisation des DIW Berlin ([kundenservice@diw.de](mailto:kundenservice@diw.de)) zulässig.